

A 8

Antrag von Ingo Krenzer

Antrag:

Der LPT möge beschließen, daß der neu gewählte Landesvorstand **verbindlich innerhalb seiner Sitzungszeit bis 2023** mit der Bundespartei in Kontakt tritt, um ein verbindliches, verlässliches und professionelles Konzept zu erarbeiten, welches den anbietenden KV es ermöglicht **auch mit finanzieller verlässlicher und professioneller Unterstützung** das Angebot „**DIE LINKE.hilft**“ zu führen oder einzurichten.

Begründung:

Das Angebot „Die Linke.hilft“ wird gerne von der Bundespartei genutzt, um sich öffentlich als sogenannte „Kümmererpartei“ darzustellen. Mit dem „Slogan“: DIE LINKE kämpft für grundlegende politische Veränderungen und ist gleichzeitig Kümmererpartei: konkret im Alltag und vor Ort wirbt die Bundespartei! Weiter steht dort: *„Wir wollen den Betroffenen **mit Rat und Tat zur Seite stehen**: durch eigene Angebote, in Kooperation mit Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Rechtsanwälten und stellen wir uns an die Seite der Betroffenen. Bundesweit bieten wir im ganzen Bundesgebiet rund **120 kostenlose Sozial- und Rechtsberatungsangebote** an: Sozial- bzw./und Hartz IV-Sprechstunden, Angebote zu Asylberatung, Mieten- und Familienhilfe. Kontaktieren Sie uns!*

Es gibt keine gemeinsame «Ansprechpartner» die Materialien, fachliche Unterstützung, Fort- und Weiterbildungen etc. anbieten, also quasi fehlt die Basis, auf dem solch ein Angebot seriös und nachhaltig aufgebaut werden kann.

Die anbietenden KV's werden sich quasi selbst überlassen!

Die Partei suggeriert, daß Hilfesuchende eine „Sozialberatung“ vergleichbar mit anderen Sozialberatungen aufsuchen können.

Dem ist aber in der Regel nicht so!

All diese Aufgaben auszuführen und den Ansprüchen der Niedrigschwelligkeit, des offenen Prozesses, der Sozialraumorientierung, der Begleitung, der Vermittlung in andere Dienste, der Schulung von Ehrenamtlichen und als Seismograph gerecht zu werden, erfordert Personal und Ressourcen. Und es bedarf einer ständigen Veränderung, sprich Anpassung, der inhaltlichen und strukturellen Arbeit an die sich verändernde Situation der Menschen und der Gesellschaft!

Das können die wenigsten Angebote vor Ort tatsächlich leisten!

Die KV und die Menschen, die dieses Angebot leisten werden von der Partei mit ihren Ansprüchen allein gelassen und sich überlassen, so daß auf Grund der verschiedensten Möglichkeiten kein einheitlich qualifiziertes Angebot vorhanden ist!

Das schadet meiner Ansicht nach der Partei!

Deshalb erwarte ich durch diesen Antrag, daß der LV sich konkret diese Problematik angeht und bis 2023 einen Beschluß vorbereitet, der den Umgang und die Weiterentwicklung des Angebotes „Die Linke.hilft“ im Land verbindlich beschreibt, oder deren Einstellung.

Ingo Krenzer, den 11.2.2021